

ERSPART UNS DAS! NEIN ZUR SCHULDENBREMSE.



Irrtum 5:

Obwohl Politikerinnen und Politiker seit Jahren behaupten, Schulden abbauen zu wollen, nehmen die Schulden immer mehr zu. Deshalb ist es gut, wenn es eine Verpflichtung zum Schuldenabbau gibt.

FALSCH!

Die Politik setzt seit Jahren schon auf Ausgabenkürzungen und Steuersenkungen und treibt die Deregulierung der Finanzmärkte voran. Um Schulden abzubauen, brauchen wir keine undemokratische Schuldenbremse, sondern eine vernünftige Finanz- und Wirtschaftspolitik.

- Um die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und die öffentlichen Schulden zu verringern, müssen Rezessionen verhindert und Einnahmen gestärkt werden.
- Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Ausgabenkürzungen, Steuersenkungen und eine mangelnde Regulierung der Finanzmärkte die Konjunktur, die Steuereinnahmen und den Abbau der Staatsverschuldung gefährden.
- Die Ausgabenpolitik kann nicht durch strikte rechtliche und technische Vorgaben ersetzt werden, ein solches Vorhaben ist ökonomisch unsinnig. Es ignoriert die Bedeutung öffentlicher Ausgaben für die Volkswirtschaft.
- Die Schuldenbremse ist undemokratisch, weil ausgabenpolitische Entscheidungen demokratisch gefällt werden müssen und nicht durch technische Formeln ersetzt werden können. Schuldenabbau ist in einer Demokratie die Aufgabe von Politik und nicht die Aufgabe von Gerichten.



NEIN AM 27. MÄRZ BEI DER VOLKSABSTIMMUNG!

Bei der Volksabstimmung am 27. März wird entschieden, ob das Schuldenverbot in der hessischen Landesverfassung verankert wird. Konkret heißt das: keine neuen Kredite für das Land ab 2020. Wir wollen Hessen nicht lahm legen und sagen deshalb: Nein zur Schuldenbremse! Staatliche Leistungen für Kinderbetreuung, Bildung, öffentliche Sicherheit und kommunale Infrastruktur dürfen nicht ausgebremst werden.

www.gerecht-geht-anders-hessen.de

www.handlungsfahiges-hessen.de